

Grosser Gemeinderat Interlaken

Protokoll der 3. Sitzung

Dienstag, 30. Juni 2015, 19.30 Uhr, im Kunsthaus am Amman-Hofer-Platz

Vorsitz: Hollinger Peter, FDP

Stimmzählende: Aulbach Annerös, SP
Schütz Lorenz, EDU&EVP

Weiter anwesend	SVP Staehelin Bernhard Beutler Heidi Christ Franz Zumkehr Jürg Meyes Schürch Antonie Roth Andreas Nyffeler Adrian Bozic Marko Sahli Marc Alain	SP Trachsel Christine Vogt Peter Liechti Anja Reimann Maria Lobsiger Verena	FDP Betschart Christoph Beutler Georges Michel Paul	Grüne Weinekötter Bernhard Kupfer Fritz Häsler Adrienne EDU&EVP Bühler David Balmer Ulrich	Gemeinderat Graf Urs Ritschard Philippe Stör Sabina Michel Peter Boss Kaspar Nyffeler Manuela
Abwesend		Simmler Dorothea Schenk Esther Simmler Florian	Künzli Beat Dübendorfer Thomas		Burkhard Hans-Rudolf
Protokoll					Goetschi Philipp

Traktanden

24. Protokoll
25. Büro Grosser Gemeinderat, Ersatzwahl für das 1. Vizepräsidium
26. Integrierte Jahresrechnung 2014
27. Organisationsreglement der Industriellen Betriebe Interlaken, Änderung
28. Erneuerung WC-Anlage Strandbadstrasse, Ausführungskredit
29. Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission
30. Ersatzwahl in die Abstimmungskommission
31. Ersatzwahl in die Wirtschafts- und Tourismuskommission
32. Motion Lobsiger, neues Verkehrsregime, Begründung
33. Motion Staehelin, Schuldenabbau, Begründung
34. Orientierungen/Verschiedenes

Ratspräsident Peter Hollinger begrüsst das neue Ratsmitglied Marc Alain Sahli, das den am 2. April 2015 im Amt verstorbenen 1. Vizepräsidenten Heinz Burkhard ersetzt. Der Rat erhebt sich zum Gedenken an Heinz Burkhard.

24 B3.D Protokolle (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden) **Protokoll**

Das Protokoll der 2. Sitzung vom Dienstag, 31. März 2015, wird stillschweigend genehmigt.

25 B3.01.4 Personelle Belange Grosser Gemeinderat
Büro Grosser Gemeinderat, Ersatzwahl für das 1. Vizegemeindepräsidium

Ausgeteilte und eingelangte Wahlzettel:	25
Gültige Wahlzettel:	24
Absolutes Mehr:	13
Gewählt ist mit 23 Stimmen:	Beutler Heidi
1 Stimme hat erhalten:	Lobsiger Verena

Heidi Beutler dankt für die Wahl.

26 F3.07.14 Jahresrechnung 2014
Integrierte Jahresrechnung 2014

Die Geschäftsprüfungskommission hat keine mündlichen Bemerkungen zur Jahresrechnung 2014.

Gemeinderat Philippe Ritschard macht zusätzliche Ausführungen zu den verschickten Rechnungsunterlagen.

Bernhard Weinekötter erkundigt sich, ob die hohen Mehrkosten in der Funktion 780, öffentliche Toiletten, auf den Mehraufwand bei der WC-Reinigung zurückzuführen seien, was von *Gemeinderat Philippe Ritschard* bestätigt wird.

Verena Lobsiger geht davon aus, dass die Nettokosten sinken werden, sobald die WC-Anlage Strandbadstrasse gebührenpflichtig sei.

Ueli Balmer ist erfreut über den Rechnungsabschluss und dankt für die gute Darstellung. Im Hinblick auf die Budgetierung erwarte er Anpassungen, insbesondere bei der Spezialfinanzierung Abfall, die einen hohen Bestand ausweise. Gemäss Abfallreglement sollten die Gebühren kostendeckend sein und nicht gehortet werden. Bei den Liegenschaftssteuern wende Interlaken den höchsten zulässigen Liegenschaftssteuersatz von 1,5 Promille an. Aufgrund der Erhöhung bei den Eigenmietwerten auch in Interlaken und der entsprechenden Steuermehrerträge rechtfertige sich im Gegenzug eine Senkung der Liegenschaftsteuer ab Budget 2016 auf 1,0 Promille.

Gemeinderat Philippe Ritschard verweist auf die geplante Wertstoffsammelstelle West, die eine Reserve in der Spezialfinanzierung Abfall rechtfertige.

Fritz Kupfer dankt ebenfalls für die Arbeit von Gemeinderat und Verwaltung bezüglich Gemeindefinanzien. Die Gemeinde sollte antizyklisch handeln, das heisse Schulden abbauen und nicht Steuern senken. Investitionen seien für die Infrastruktur der Gemeinde nötig.

Antonie Meyes Schürch schliesst sich dem Dank der Vorredner an. Der Abschluss sei erfreulich. Froh sei sie, dass der Gemeinderat den Steuerertrag 2014 als einmalig erachte und nicht der Budgetierung 2016 zugrunde lege. Sie fordere, dass der Aufwand moderat gehalten, das Eigenkapital weiter geöffnet und die Nettoschuld pro Einwohner weiter gesenkt würden.

Georges Beutler würdigt ebenfalls die hohe Qualität der Arbeit im Finanzwesen der Gemeinde und der Präsentation. Die hohen Einnahmen seien zu einem wesentlichen Teil auf den Tourismus zurückzuführen, zu dem Sorge getragen werden müsse. Die Tourismussituation werde für Interlaken nicht einfacher.

Beschluss:

1. Zu Konto 990.332.01, übrige Abschreibungen Verwaltungsvermögen, wird als neue Ausgabe ein zusätzlicher Nachkredit von CHF 3'866'641.70 bewilligt.

2. Die integrierte Jahresrechnung 2014 mit einem Ertragsüberschuss von CHF 5'469'759.22 wird genehmigt. Dieser setzt sich zusammen aus einem Ertragsüberschuss von CHF 4'093'815.54 aus der Laufenden Rechnung 2014 der Gemeinde und einem Ertragsüberschuss von CHF 1'375'943.68 aus der Betriebsrechnung der Industriellen Betriebe Interlaken. Der Ertragsüberschuss von CHF 4'093'815.54 aus der Laufenden Rechnung 2014 der Gemeinde wird dem Eigenkapital zugewiesen.

(einstimmig)

27 E2.C Vorschriften, Gesetze, Verordnungen, Energierichtlinien Kanton Organisationsreglement der Industriellen Betriebe Interlaken, Änderung

Die Geschäftsprüfungskommission stimmt der Änderung schriftlich zu.

Gemeinderat Philippe Ritschard weist darauf hin, dass der Voranschlag und die Rechnung des Gemeindeunternehmens der Industriellen Betriebe Interlaken gemäss den geltenden rechtlichen Bestimmungen in den Voranschlag und die Rechnung der Gemeinde zu integrieren seien. Die Stimmberechtigten hätten über den integrierten Voranschlag zu beschliessen und der Grosse Gemeinderat habe die integrierte Jahresrechnung zu genehmigen, beides ohne Möglichkeit, auf den Teil der Industriellen Betriebe noch Einfluss zu nehmen. Auf den 1. Januar 2016 müssten die bernischen Gemeinden zwingend das neue harmonisierte Rechnungslegungsmodell HRM2 einzuführen, das die Integration oder Konsolidierung von Budget und Rechnung eines Gemeindeunternehmens nicht mehr vorschreibe. Mit der vorliegenden Änderung des Organisationsreglements der Industriellen Betriebe Interlaken solle der Verzicht auf die Integration auch rechtlich vollzogen werden. Die Änderung werde aus verfahrensökonomischen Gründen auch noch für zwei weitere Anpassungen genutzt.

Eintreten ist unbestritten.

Jürg Zumkehr ist mit der Vorlage einverstanden. Er möchte aber dem Gemeinderat einige Fragen zu den Industriellen Betrieben mitgeben. Werde die Eignerstrategie laufend überprüft? Wie sehe es mit der Rechtsform der Industriellen Betriebe aus und werde auch an eine Umwandlung der Industriellen Betriebe in eine Aktiengesellschaft gedacht? Wie sehe es mit dem Risikokapital der Gemeinde zugunsten der Industriellen Betriebe aus? Seien die Industriellen Betriebe fit für den freien Strommarkt?

Gemeinderat Philippe Ritschard bestätigt, dass sich eine Arbeitsgruppe mit der Rechtsform der Industriellen Betriebe befasse. Auf 2016 werde die Risikoentschädigung, welche die Industriellen Betriebe der Gemeinde abliefern würden, im Verhältnis zum Fremdkapital der Industriellen Betriebe festgelegt und auf mindestens auf 150'000 Franken erhöht. Für 2016 sei mit mehr als 200'000 Franken zu rechnen.

Verena Lobsiger möchte wissen, was die Industriellen Betriebe machten, um ihre Fremdkapitalbelastung zu senken.

Gemeinderat Philippe Ritschard antwortet, das sei eine interne Angelegenheit des Gemeindeunternehmens, zu der er hier nicht Auskunft geben könne.

Christoph Betschart ist erfreut, dass auf die Integration der IBI-Rechnung endlich verzichtet werden könne. Auch die bessere Verankerung der Eignerstrategie sei wichtig. Nicht einverstanden sei er, dass der Gemeinderat in der Eignerstrategie den Atom- und Kohlestrom ausschliesse. Für viele Betriebe auf dem Bödeli sei billiger Strom wichtiger als die Frage, woher er komme. Die Industriellen Betriebe seien nicht mehr konkurrenzfähig, wenn sie keinen Atom- und Kohlestrom einkaufen und verkaufen könnten. Die bevorstehende Strommarktöffnung werde die Situation noch verschärfen. Die Frage, ob Atom- und Kohlestrom möglich sein sollten, müsste Sache der Legislative sein. Die Industriellen Betriebe sollten Strom ohne Einschränkungen auf dem freien Markt einkaufen dürfen.

Beschluss:

1. Die Änderungen der Artikel 2, 27 und 28 des Organisationsreglements der Industriellen Betriebe Interlaken vom 18. Januar 2005 werden genehmigt.
2. Die Änderungen treten auf den 1. Januar 2016 in Kraft und sind bereits auf die Budgetierung für das Rechnungsjahr 2016 anwendbar. Sie sind nicht anwendbar auf den Abschluss der Jahresrechnung 2015.
3. Die Änderungen unterstehen dem fakultativen Referendum.

(einstimmig)

**28 L3.04.3 WC-Anlagen (öffentliche Anlagen)
Neubau WC-Anlage Strandbadstrasse, Verpflichtungskredit**

Die Geschäftsprüfungskommission unterstützt den Kredit.

Gemeinderat Kaspar Boss führt aus, die heutige WC-Anlage entspreche in allen Teilen nicht mehr den Anforderungen an eine zeitgemässe Anlage. Sie sei oft überlastet und genüge den hygienischen Auflagen nicht mehr. Die Notwendigkeit der Anlage sei gegeben. Sie diene nicht nur den Reisebustouristinnen und -touristen, die auf dem Carparkplatz Strandbadstrasse Ost ein- und aussteigen würden, sondern auch Einheimischen und Gästen, die auf dem Höhweg flanierten, insbesondere auch bei Grossanlässen wie Touch the Mountains, der Bundesfeier oder einem Unspunnenfest. Die Kosten der neuen Anlage würden sich auf 835'000 Franken belaufen. Die Anlage werde in Elementbauweise erstellt und beinhalte sechs Normalkabinen und zwei Reserveplätze, die später bei Bedarf ausgebaut werden könnten. Die neue Anlage halte die Energievorschriften vollumfänglich ein, sehe einen Anschluss an die Fernwärmeleitung der AVARI AG vor und stärke damit die Gemeinde als Energiestadt. Die neue Anlage werde der Gebührenpflicht unterstellt. Die Inbetriebnahme sei für das Frühjahr 2016 vorgesehen.

Reto Wälti von der Interreinigungen AG zeigt ergänzend die heutigen Anforderungen an die WC-Reinigung in der Gemeinde Interlaken auf.

Eintreten wird nicht bestritten.

David Bühler kritisiert, dass die neue Anlage kleiner sein soll als die heutige Anlage, nachdem ein grosser Bedarf ausgewiesen sei. Die günstigere Anlage am Ostbahnhof sei doppelt so gross wie die geplante Anlage Strandbadstrasse. Warum sei an der Strandbadstrasse nicht die gleiche Anlage möglich wie am Ostbahnhof und warum könne die neue Anlage nicht von Beginn weg voll ausgerüstet werden? Er hätte sich auch eine kostenlose Nutzung vorstellen können.

Gemeinderat Kaspar Boss antwortet, dass zwei weitere Kabinen rund 80'000 Franken kosten würden. Im Sinne eines Gedankenspiels sei auch eine Pissoirrinne im Leerraum angedacht worden. Die Anlage beim Ostbahnhof lasse sich schlechter reinigen als die Ausführung, die von der Gemeinde an der Strandbadstrasse vorgesehen sei, wie von *Reto Wälti* bestätigt wird. Eine neue Anlage senke den Reinigungsaufwand um bis zu 30 Prozent.

Verena Lobsiger unterstützt die Chromstahl-Ausführung.

Georges Beutler war zuerst über die hohen Kosten der Anlage schockiert. Trotzdem finde er es schade, dass die Anlage nicht voll ausgerüstet werde. Die WC-Anlage Strandbadstrasse käme auch dem Hapimag entgegen. Werde ein Münzwechsler vorgesehen?

Gemeinderat Kaspar Boss antwortet, die Zahlung sei mit Euro und Franken möglich. Ein Geldwechsler sei nicht vorgesehen. Die Kosten seien auch mit dem grossen Technikanteil in der Anlage begründet. Eine konventionelle Anlage sei gegenüber der Chromstahl-Variante nicht wesentlich billiger, die Chromstahl-Lösung sei aber nachhaltiger. Mit der Kirchhofer AG sei vereinbart, dass in Spitzenzeiten gegenseitig auf die jeweils andere Anlagen verwiesen werden dürfe.

Bernhard Weinekötter unterstützt das Geschäft nach fundierter Prüfung unter Beizug externer Spezialisten und hofft auf eine rasche Umsetzung.

Fritz Kupfer möchte wissen, warum Fremdkapital nötig sei.

Gemeinderat Kaspar Boss erwidert, nicht alle Projekte des Jahres 2016 könnten selbstfinanziert werden, weshalb der Gemeinderat bei allen Kreditvorlagen festhalte, dass möglicherweise eine teilweise Fremdfinanzierung erfolge.

David Bühler beantragt den Kredit um 80'000 Franken auf 915'000 Franken zu erhöhen, um die Anlage von Beginn weg voll auszubauen zu können.

Franz Christ möchte vorerst den Leerraum stehen lassen und diesen später füllen, wenn es nötig sein sollte.

Verena Lobsiger lehnt den Antrag Bühler ebenfalls ab.

Cupabstimmung:

Antrag Bühler: 6 Stimmen
Antrag Gemeinderat: 18 Stimmen

Schlussabstimmung:

1. Für den Neubau der WC-Anlage Strandbadstrasse wird ein Verpflichtungskredit von CHF 835'000.00 bewilligt.
2. Das Geschäft untersteht dem fakultativen Referendum.

(19:1 Stimmen)

29 B3.A Organe, Behörden, Gremien (Grosser Gemeinderat, Gemeinderat, Organe, Behörden)

Ersatzwahl in die Geschäftsprüfungskommission

Die Schweizerische Volkspartei schlägt Marc Alain Sahli vor.

Verena Lobsiger bewirbt sich ebenfalls um den Sitz, da sie noch kein Amt in einer Kommission habe.

Beschluss:

Auf Antrag der Schweizerischen Volkspartei und als Ersatz für den im Amt verstorbenen wird Heinz Burkhard, wird Marc Alain Sahli, 1982, für den Rest der laufenden Amtsdauer vom 20. Juli 2015 bis 31. Dezember 2016 als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission gewählt.

(23 Stimmen; 0 Stimmen für Verena Lobsiger)

30 A1.A Organe, Behörden, Gremien, Wahlausschuss (Abstimmungen und Wahlen)

Ersatzwahl in die Abstimmungskommission

Beschluss:

Auf Antrag der Schweizerischen Volkspartei und als Ersatz für den im Amt verstorbenen wird Heinz Burkhard, wird Beat Burkhard, 1986, für den Rest der laufenden Amtsdauer vom 20. Juli 2015 bis 31. Dezember 2016 als Mitglied der Abstimmungskommission gewählt.

(24:0 Stimmen)

31 T1.A Organe, Behörden, Gremien (Touristik, Gastgewerbe, Sport)

Ersatzwahl in die Wirtschafts- und Tourismuskommission

Die Schweizerische Volkspartei schlägt Sophie Etterli vor.

Verena Lobsiger bewirbt sich ebenfalls um den Sitz.

Beschluss:

Auf Antrag der Schweizerische Volkspartei und als Ersatz für den im Amt verstorbenen wird Heinz Burkhard, wird Sophie Etterli, 1985, für den Rest der laufenden Amtsdauer vom 20. Juli 2015 bis 31. Dezember 2016 als Mitglied der Wirtschafts- und Tourismuskommission gewählt.

(24 Stimmen; 0 Stimmen für Verena Lobsiger)

Franz Christ bittet Verena Lobsiger um Verständnis, dass die SVP ihre Sitze durch eigene Personen habe besetzen wollen.

32 B1.7.5 Verkehrsregime

Motion Lobsiger, neues Verkehrsregime, Begründung

Verena Lobsiger begründet ihre Motion mit fehlender Gewerbeneutralität. Es sei unverständlich, dass Coop Pronto im Schlauch angeliefert werden dürfe, dass aber Taxis oder andere Gewerbebetriebe den Schlauch nicht passieren dürften und grosse Umwege in Kauf nehmen müssten. Auch der Kanton unterstütze die Gewerbeneutralität und setze sich für bessere Rahmenbedingungen für die bernische Wirtschaft ein. Die Sperrung des Schlauchs sei eine strukturelle Wirtschaftsbehinderung. Das Gewerbe müsse durch die Öffnung des Schlauchs gestärkt werden.

33 F3.03.5 Passiven, Finanzbeschaffung, Kredite, Garantien, Bürgschaften

Motion Staehelin, Schuldenabbau, Begründung

Bernhard Staehelin begründet seine Motion mit der Nettoschuld aus der Jahresrechnung 2013, die ihn veranlasst habe, im Juni 2014 nicht nur über Schulden zu sprechen, sondern zu handeln. Über Schulden sei schon lange gesprochen worden. Dank einem super Steuerertrag im Jahr 2014 sei die Schuldensituation nicht mehr ganz so schlecht wie ein Jahr zuvor. Bezüglich harmonisiertem Steuerertrag liege Interlaken nach Saanen und Guttannen an dritter Stelle im Berner Oberland. Das sei erfreulich, habe aber auch eine Kehrseite, denn die Gemeinde dürfe die hohen Einkünfte nicht einfach behalten, sondern müsse sie teilweise an den Kanton abführen. Interlaken habe 2013 713'000 Franken in den Disparitätenausbau einzahlen müssen, während Matten und Unterseen Geld erhalten hätten. Bei den hohen Steuereinnahmen seien Steuererhöhungen zur Schuldensanierung nicht angebracht. Eine Gegenüberstellung der Schulden mit den Erträgen in Unterseen, Spiez oder Thun zeige, dass Interlaken deutlich am meisten Schulden habe im Vergleich zum Steuerertrag. Die in der Motion geforderte

Schuldenobergrenze von 20 Millionen Franken sei erreichbar. Die zehn Jahre zur Realisierung seien grosszügig bemessen und er hoffe, dass das Ziel vorher erreicht werde, denn auch mit 20 Millionen Franken sei der Schuldenberg für Interlaken immer noch gross. Es sei wichtig, dass der Grosse Gemeinderat regelmässig über den Stand unterrichtet werde. Wie es nicht gemacht werden dürfe, zeige das Beispiel der Stadt Olten. Ein gutes Beispiel sei hingegen die Stadt Thun, die ihre Schulden von 200 Millionen Franken innert sieben Jahren praktisch halbiert habe. Das Rezept sei die Drosselung der Investitionen. Die Motion sei trotz Rechnungsergebnis 2014 nicht überflüssig, was die Investitionen auf der heutigen Traktandenliste bewiesen. Die Motion sei nötig, um nicht ins Oltener Fahrwasser zu kommen.

34 B3.E Orientierungen, Verschiedenes (Behörden und Organe, politische Aktivitäten)

Orientierungen/Verschiedenes

Kenntnisnahme einer Abrechnung

Grundstückpromotion Des Alpes-Areal, Abrechnung (Gemeinderatssitzung vom 25. März 2015)

Vom Gemeinderat am 8. Januar 2007 bewilligt	CHF	50'000.00
Vom Gemeinderat am 15. Oktober 2007 bewilligt	CHF	14'000.00
Vom Gemeinderat am 24. Juni 2008 bewilligt	CHF	70'000.00
Vom Gemeinderat am 29. Oktober 2008 bewilligt	CHF	13'000.00
Vom Grossen Gemeinderat am 9. Dezember 2008 bewilligt	CHF	75'000.00
Vom Gemeinderat am 5. März 2012 bewilligt	CHF	<u>20'000.00</u>
Total bewilligt	CHF	242'000.00
Ausgegeben und abgerechnet (Konto 942.503.08)	CHF	246'132.00
Nachkredit bewilligt	CHF	4'132.00

Wortmeldungen aus dem Gemeinderat

- *Gemeinderat Kaspar Boss*: Jubiläum Gemeindeverband Abwasserreinigungsanlage Region Interlaken.
- *Gemeindepräsident Urs Graf*: Interlaken 2016.
- *Gemeinderätin Manuela Nyffeler*: Pensionierungen im Lehrkörper von Markus Schweizer und Silvia Ryf.

Neuer parlamentarischer Vorstoss

Anfrage Lobsiger, Subventionen Schulbauten

Verena Lobsiger teilt mit, sie habe sich bezüglich Subvention von Schulbauten an Bundesrätin Simonetta Sommaruga gewendet, die ihr habe antworten lassen, dies falle in die Zuständigkeit des Kantons. Sie möchte wissen, ob die Gemeinde beim Kanton noch ein Subventionsgesuch für die Schulanlage West einreichen könnte.

Schluss der Sitzung: 22.35 Uhr (erhöhtes Sitzungsgeld)

Der Präsident

Der Sekretär

Die Stimmzählenden

